

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

21.5.1868 (No. 120)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 21. Mai.

N. 120.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgeld: die gespaltene Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse, Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Des Himmelfahrtsfestes wegen erscheint morgen kein Blatt der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

† **Dresden**, 19. Mai, Abds. Die Erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die von der Zweiten Kammer beschlossene Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt.

† **Berlin**, 19. Mai. Der Bundesrath des Zollvereins nahm heute das Gesetz an, wodurch die mittelst des österreichischen Handelsvertrags vereinbarten Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch für die Einfuhr aus anderen Ländern wirksam werden, ausgenommen für Wein, Most und Eider aus solchen Ländern, welche dem Zollverein nicht gleich den meistbegünstigten Nationen behandeln.

† **Schwerin**, 19. Mai. Der kommandirende General Manstein inspizirt gegenwärtig die mecklenburgischen Truppen.

† **Hagen**, 19. Mai. Prinz Humbert wird fortan dem Ministerrath beizuhören.

† **Saar**, 19. Mai. Van Reenen lehnte die Bildung eines Kabinetts ab. Der König berief den Präsidenten der Ersten Kammer und Hrn. Maday, Mitglied derselben Kammer.

† **St. Petersburg**, 19. Mai. Die Großfürstin Dagmar ist gestern Mittag von einem Prinzen glücklich entbunden worden. Die Mutter und der neugeborene Prinz befinden sich den Umständen nach wohl.

† **London**, 19. Mai, Abds. Unterhausung. Auf die diesbezügliche Interpellation Gladstone's erwiderte Disraeli: Die Regierung werde die irische Kirchenbill aufs entschiedenste bekämpfen und dem Hause übermorgen ihren Beschluß bezüglich der schottischen Reformbill mittheilen. Der „Globe“ befürwortet die Auflösung des Parlaments.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Mai. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 37 enthält (außer Personalnachrichten): Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des Groß. Ministeriums des Innern: a) Die Arzeneiare betr.: Diefelbe enthält folgende Bestimmungen:

§ 1. Die Apotheker und Besitzer von Hand- und Nothapotheken haben von 1. Juli d. J. an die Preise für Arzneistoffe, Arbeiten und Gefäße nach der unter dem heutigen genehmigten Arzeneiare anzusehen und nach den darin angegebenen Vorschriften und Bestimmungen zu verkaufen.

§ 2. Arzeneiarechnungen, welche von öffentlichen Kassen oder milden Fonds zu zahlen sind, erleiden einen Abzug von einem Zehntel des Betrags.

§ 3. Kein in der Offizin aufbewahrtes Rezept darf länger als drei Tage unantwärt bleiben. Die Taxation der Rezepte hat gemäß der Verordnung vom 11. November 1834 in spezialirter Weise zu geschehen.

§ 4. Die Taxation der einzelnen Bestandtheile einer Ordination sind in Kreuzern und Viertelskreuzern auf das Rezept zu schreiben. Erreicht ein einzelner Bestandtheil der Ordination nicht den Preis von 1 Kreuzer, so ist dieser auf 1 Kreuzer zu erhöhen. Ergibt sich bei dem Zusammenrechnen der Preise der einzelnen Bestandtheile einer Ordination ein Bruchkreuzer, so ist dieser auf 1 Kreuzer zu erhöhen.

§ 5. Die Bezirksämter sind angewiesen, die Apotheker und Besitzer von Hand- und Nothapotheken urkundlich zu veranlassen, von gegenwärtiger Verordnung Abschrift zu nehmen, sowie die neue Arzeneiare, welche durch den Buchhandel zu beziehen sind, anzuschaffen.

§ 6. Die Verordnung vom 16. Juli 1853, die Bekleidungsart betreffend (Regierungsblatt Nr. 30), ist andurch aufgehoben.

b) Die Apothekerkonzession des Adolf Tscheppe von Stockach betreffend. c) Verordnung, den Vollzug des Gesetzes vom 21. Nov. 1867, die Erhöhung der Hundsteuer betreffend. Wir entnehmen derselben folgende Bestimmungen:

§ 1. In jeder Gemeinde findet jährlich zwischen dem 1. und 20. Juni eine Hundsmusterung statt.

§ 2. Die Musterung wird vorgenommen: a) durch den Bürgermeister oder dessen Stellvertreter, b) durch den Bezirks-Thierarzt, c) durch den Steuererheber des Hauptortes der Gemeinde, welchem insbesondere die Erhebung der Taxe obliegt.

§ 4. Die Berechtigten der in § 2 bezeichneten Kommission bei der Musterung bestehen in Folgenden: 1) Sie läßt sich nach Anleitung der von der Ortspolizeibehörde schon einige Zeit vor der Musterung aufzunehmenden und der Kommission vorzuliegenden Liste jeden Hund einzeln zur genauen Befichtigung vorführen und erwägt, ob im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung seine Erziehung geboten sei. Letztere Maßregel verfallen alle der Wuth verdächtige, bissige, mit unheilbaren, widerlichen oder ansteckenden Krankheiten befallene Hunde. Der Ausspruch des Thierarztes ist entscheidend. 2) Für jeden nicht beanspruchten Hund wird von der Kommission gegen Erlegung der Taxe, die zugleich bei der Musterung bar zu geschehen hat, ein mit der Quittung verbundener Erlaubnißschein ausgehändigt, und zwar für jeden einzeln, selbst wenn eine Person mehrere Hunde besitzt. 3) Erfolgt der Ausspruch des Thierarztes, daß ein Hund geizdet werden müsse und wird hiergegen nicht auf der Stelle Beschwerde erhoben, so folgt die Kommission, daß die Erziehung sogleich erfolge. 4) Wird Beschwerde erhoben, so hat sie nur insoweit aufschiebende Wirkung, daß

die Erziehung des Hundes ausgesetzt werden muß; es bleibt aber der Kommission, sowie der Bezirks-Polizeibehörde unbenommen, alle ihr nöthig scheinenden Sicherheitsmaßregeln in Ansehung eines solchen Hundes anzuordnen, namentlich nach Umständen die sorgfältigste Verwahrung desselben zu verfügen.

§ 6. Der gegen die beschlossene Erhöhung erhobene Beschwerde wird keine Folge gegeben, wenn sie nicht binnen drei Tagen, vom Tag der Musterung an gerechnet, vom dem Eigentümer oder Besitzer des Hundes bei dem Bezirksamt begründet wird. Das Bezirksamt hat, nöthigenfalls nach Erhebung eines weiteren technischen Gutachtens, binnen 10 Tagen über die Beschwerde zu erkennen und von dem Erkenntniß auch die Finanzbehörde in Kenntniß zu setzen. Ein weiterer Rekurs findet nicht statt.

§ 8. Für Hunde, welche im Lauf des Monats Mai erworben werden oder das Alter von 6 Wochen erreichen, ist die Taxe erstmals bei der Musterung zu entrichten.

2) Bekanntmachung des Groß. Kriegsministeriums. Die Organisation des Groß. Kriegsministeriums betr. Danach sind die einzelnen Sektionen des Groß. Kriegsministeriums ermächtigt worden, Korrespondenzen, insoweit solche nur die Erhebung der laufenden Geschäfte oder vorbereitende Zwischenverfügungen u. s. w. betreffen, unter Gegenzeichnung des Abtheilungschefs und eines Referenten selbstständig zu führen. Die Abtheilungen werden sich hierbei folgender Firmen bedienen: I. Kriegsministerium: Allgemeine Kriegsabtheilung, II. Kriegsministerium: Oekonomische Abtheilung, III. Kriegsministerium: Justizabtheilung u. s. w. In gleicher Weise können auch Korrespondenzen u. s. w. in dem oben angegebenen Umfang direkt an die betreffende Abtheilung des Groß. Kriegsministeriums unter der bezeichneten Adresse gerichtet werden.

× **Koburg**, 17. Mai. Zwischen den hier in Garnison liegenden preussischen Offizieren und den städtischen Behörden ist ein eigenhändlicher Konflikt ausgebrochen. Bereits im Jahr 1866 hatte der Magistrat eine auf alle Einwohner ausgedehnte Kommunalsteuer eingeführt und zu dieser auch die preussischen Offiziere herangezogen. Diese wandten sich beschwerend an das Generalkommando in Kassel, worauf das Staatsministerium in Gotha durch das Kriegsministerium in Berlin zur einseitigen Mitwirkung wegen Abstellung jener Besteuerung mit dem Beifügen angegangen wurde, daß, wenn das Ministerium und der Magistrat die Offiziere und Militärbeamten auch ferner zu der Kommunalsteuer heranziehen sollten, das preussische Ministerium sich in die Lage versetzt sehe, zur Wahrung der militärischen Interessen bei dem König darauf hinzuwirken, kraft des ihm zustehenden Dislokationsrechtes die Garnison von Koburg weg in eine andere Garnison zu verlegen. Die einschlägige Bestimmung der zwischen Koburg-Gotha und Preussen abgeschlossenen Konvention geht dahin, daß die preussischen Offiziere und Militärbeamten nur dann zur Leistung von Kommunalabgaben herangezogen werden können, wenn diese durch den bloßen Aufenthalt in einer Gemeinde oder durch den Grundbesitz bedingt ist. Der Magistrat und die Gemeindebehörden hielten deshalb an der Ansicht fest, daß den Offizieren ein Rechtsanspruch auf Steuerbefreiung nicht zur Seite stehe; gleichwohl aber empfahl das Gemeindefakultätium in Rücksicht darauf, daß die Offiziere sowohl in Preussen wie in ganz Thüringen keine Kommunalsteuer zahlen, eine Verlegung der Garnison für die Stadt außerdem aber Nachtheile bringen werde, von der Beiziehung der Offiziere zu der Kommunalsteuer abzusehen. Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß der Magistrat schließlich dieser Ansicht beitreten wird.

Berlin, 18. Mai. Sitzung des Zollparlaments vom 18. Mai. Schluß.

Abg. Laaker: Die Namen der Herren, die gegen den Bamberger Antrag gesprochen, kennzeichnen ihre Tendenz zur Gemüthe. Der Abg. Bismarck hat hier seine Rede, die er neulich in der Volksversammlung gehalten, wiederholt, nur sein Programm, die Restitutionsbewegung, hat er weggelassen, wohl weil er voraussetzte, daß er damit auf keiner Seite dieses Hauses Anhang finden würde. Den Abg. Probst, der im Namen der Süddeutschen zu sprechen vorgab, mache ich darauf aufmerksam, daß sich die bayrischen, badischen und hessischen Abgeordneten sehr dafür bedanken werden, ihn als ihren Wortführer anzuerkennen; ich glaube ihm schon mehr als genug zu thun, wenn ich ihn als Rechtskonsulenten der Württemberger gelten lasse. Es wird immer von Kompetenzerweiterung gesprochen, — von wem wird denn eine solche verlangt? Wir denken nicht daran, Jemandem wider seinen Willen zum Anschlag an das bisher geschaffene Einheitsrecht bewegen zu wollen; unsere Politik kann nur die sein, zu warten, bis die Noth jene Staaten zu der Einsicht gebracht hat, daß sie für sich nichts, absolut nichts sind, so lange sie sich dem großen Ganzen nicht unterordnen. Wir werden uns von der Aufgabe, die wir uns Auge gefaßt haben, durch keine Resolution einer Volksversammlung abwenden lassen. Der besessene Dr. Bundeskommissar scheint den Antrag gar nicht gelesen zu haben, denn sonst hätte er nicht in einer Weise gesprochen, wie es nur Jemand kann, der von internationalen Verträgen noch nie etwas gehört, von deren Bedeutung keine Ahnung hat. (Unruhe.) Ich möchte in der That nicht, wer uns das Recht absprechen sollte, das jeder parlamentarischen Körperschaft zusteht. Es ist doch unmöglich, daß wir das Recht haben, Lasten aufzulegen, ohne die Befugniß, eine Erleichterung dieser Lasten

zu beantragen und dadurch eine Ueberbürdung zu verhindern, die den ganzen Zweck des Staats in Frage stellen könnte. Gerade die Kleinstaaten wären durch eine solche Interpretation am meisten gefährdet; denn wenn wir hier eine Beschlusse beschließen, ohne unsrerseits die entsprechende Erleichterung herbeizuführen, so würden die Kleinstaaten bald an uns herantreten und erklären, daß sie eine solche Ueberbürdung zu tragen nicht im Stande seien. Suchen Sie die Bedeutung dieser Versammlung nicht selbst herabzubrüden. Schützen Sie dieselbe vielmehr, damit, wenn die Tage kommen werden, wo eine Vertretung Deutschlands nicht nur über die materiellen, sondern über alle staatlichen Interessen unseres Vaterlands entscheiden soll, dem Inhalt die Form nicht fehle. (Beifall.)

Abg. Biele: Die Erinnerung an den heutigen Jahrestag von Seiten des Abg. Mey hat mich nicht überrascht. Seine Partei sucht ja im Falle der Vorstellung zu erweisen, als sei dieses Parlament mit dem vom Jahr 1848 zu verwechseln, obwohl beide kaum mit einander zu vergleichen sind. Unser Zollparlament ist überhaupt kein deutsches Parlament, es fehlen nicht nur die Vertreter Buremburgs, sondern auch die Abgeordneten der neun Millionen Deutschen in Oesterreich. Der Abg. Laaker hat sich in seinen, in schulmeisterlichem Ton gehaltenen Aeußerungen auch auf die kürzlich hier stattgehabte Volksversammlung bezogen. Ich vermüthe, daß er eigentlich nur einer verhaltenen Rede, die er für die Adressdebatten vorbereitet hatte; und dem Kerger über den Erfolg jener Volksversammlung hat Luft machen wollen. Sein Interesse, das er für die Kleinstaaten an den Tag legte, hat mich überrascht; denn obwohl er seine Wahl selbst einem Kleinstaat verdankt (Heiterkeit), so pflegt er doch sonst gegen dieselben zu gehen und ihnen die auf unserm Militärsystem beruhende Steuerüberbürdung zur Last zu legen.

Abg. Dr. Löwe: Ich halte es für einen durchaus ungeeigneten Weg, gegen eine Kompetenzerweiterung zu protestiren, wo von einer solchen gar nicht die Rede ist. Das Zollparlament hat die höchste historische Berechtigung — ganz gleich, ob es in den Verträgen steht oder nicht — stets zu wachsen und stärker zu werden. Der Antrag des Abg. Bamberger liegt aber auch nach den Verträgen vollkommen in der Kompetenz des Hauses, denn er enthält nichts, als den Wunsch, in welcher Weise wir künftig verfahren zu sehen wünschen. Es bleibt uns für die Zukunft eine ruhige, aber rücksichtslos fortwährende Arbeit, und Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß wir Sie bei Ihren Protesten in Ihrer Negation unterstützen wollen. Gewöhnen Sie sich daran, in Zukunft eine Reihe solcher Anträge, wie der vorliegende, stellen zu sehen, und wenn Ihnen dieselben nicht gefallen, so verfolgen Sie Ihre wirtschaftlichen Interessen für sich. Wenn ich ebenso die unfruchtbar allein im Auge hätte, ohne Rücksicht auf unsere gemeinsamen Interessen, so würde ich das uns hier zusammenhaltende Band nicht länger aufrecht zu erhalten suchen, gegen welches Sie fortwährend protestiren und das wir heuer bezahlen müssen. (Beifall.)

Abg. Roth: (gegen den Antrag). Die heutige Debatte ist von politischer Bedeutung für Deutschland geworden. Einige Bemerkungen, welche hier über die Adressdebatten fielen, veranlassen mich zu erklären, daß es wohl keiner weiteren Versicherung bedarf, daß wir dem Ausland gegenüber für den Fall eines Krieges Alleanz eingehen. Redner vermahnt sich gegen die Bezeichnung des Abg. Probst als Rechtskonsulenten der Württemberger; auch auf diesen Abgeordneten müsse der von dem Abg. Laaker zitierte Paragraph — und das möge sich der Abg. Laaker merken! — Anwendung finden, wonach jeder gewählte Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes ist. In Württemberg würden durch den Handelsvertrag mit Oesterreich hinsichtlich der Besteuerung des Weines dieselben Mißstände und Unzuträglichkeiten entstehen; man nehme aber Abstand, einen beglücklichen Antrag einzubringen, weil man das Zollparlament nicht für kompetent dazu halte.

Abg. Camphausen (Recht): Für die Kompetenz des Parlaments, falls es nicht verläumern soll. Kommissar Hoffmann bleibt bei seiner zunächst persönlichen Ansicht, daß der gegen Hefen gerichtete Antrag eine Kompetenzerweiterung sei. Abg. Windthorst: Es ist kein Zeichen von Furcht, wenn man den Wunsch nach Frieden ausspricht. Die Kompetenz haben wir weder zu beschränken noch zu erweitern, sondern an den Verträgen zu halten. Die Einigkeit werden Sie (die National-Liberalen) nicht fördern durch aufregende Reden (Widerpruch), sondern das Band sprengen (Widerpruch); ich wiederhole es: sprengen. Graf Bismarck kennt den Antrag erst seit heute, sonst würde er anders sprechen. Nicht einmal in Hefen selbst steht es fest, ob man einen Grund zur Beschwerde hat. In Bayern und Württemberg bestehen eben solche Auflagen, die man beim Abschluß des Vertrags kannte und jetzt höchstens revidiren könnte. Der Zweck des Bamberger'schen Antrags ist, die Adressdebatten zu ersetzen, wenigstens ist er in diesem Sinne in der Fraktion geprüft worden. (Präsident Simon bittet, Vorgänge außerhalb des Hauses nicht in die Debatte zu ziehen.) Es ist das heute so oft geschehen, daß ich davon angeekelt bin. (Präsident: Dann wünsche ich, daß man sich vor weiteren Ansetzungen hütet. Heiterkeit.) Ich gratulire dem Hrn. Präsidenten zu dem glücklichen Witz und bitte im Interesse der Einigkeit gegen den Antrag Bamberger's zu stimmen.

Abg. Waldeck: Die Einwendungen gegen die Kompetenz, die bei der Adressdebatten gemacht werden sind, haben hier gar keinen Grund; sie werden durch den Art. 5 klar widerlegt. Materiell liegen Beschwerden Hefens vor; es sollen auf den Wein neue Abgaben gelegt werden zum größten Schaden der Produzenten; auf diese haben wir einzugehen. Wenn uns aber ein Vordränger ermahnt, auf dem Boden der Verträge zu bleiben, so sage ich ihm, möge hundertmal die Eingangsformel des Vertrags denselben für ewig sanktioniren, solche Angelegenheiten, daß es halb im Norddeutschen Bund liegt, halb außerhalb, können nicht bestehen. Gerade diesen unglücklichen Doppelhessen müssen wir helfen, ihnen, die eingeklemmt sind zwischen Nord-

und Süden; denn es hilft ihnen weder ihre Regierung, noch der norddeutsche Reichstag. Wenn wir uns hier bei jedem Artikel fragen sollten, ob etwa ein Rechtsanwalt dabei den Einwand gegen die Kompetenz erheben würde, so stinkt das Zollparlament auf das tiefste Niveau.

Abg. v. Neurath: Ich glaube, der Kampf um diesen Antrag ist nur durch seine Fassung hervorgerufen worden; hätte er nur dem Bundesrat empfohlen, in Betracht zu ziehen, ob nicht die Zollverträge zu ändern sind, so hätte Niemand den Kompetenzeinwand gemacht; da der Antrag aber einen einzelnen Staat herausgreift, überschreitet er unsere Kompetenz, und deswegen muß ich dagegen stimmen.

Abg. Wagener (Neu-Stettin): Die Süddeutschen haben diesem Antrag gegenüber denselben Fehler gemacht, wie der Adresse gegenüber; sie haben durch ihre Einwände erst das daraus gemacht, was er jetzt geworden ist. Der ganze Einwand beruht wohl nur auf der Unkenntnis preussischer Zustände: die Herren haben noch ein zu großes Grauen vor unsern National-Liberalen; das sind aber ganz gemäßigte und verständige Leute (Heiterkeit); deswegen muß man also ihre Anträge nicht prinzipiell bekämpfen. Meine Ansicht von der deutschen Einheit ist die, daß ich sie mir überhaupt nicht denken kann, wenn man die Eigenart der deutschen Stämme untergräbt. Wir stehen fest auf dem Standpunkt des deutschen Particularismus und deutscher Einheit und gestehen darin Niemanden den Vorrang zu. Um diesen hohen Preis ist uns selbst der Friede nicht zu theuer; einen Frieden, den ich mir nur darum erkaufen kann, daß ich mir die deutsche Junge ausbeißt, mag ich nicht. (Bravo!)

Abg. Bissing: Wir Süddeutschen scheinen heute hier die Sündenböcke zu sein. Der Graf v. Bismarck hat im norddeutschen Reichstag gesagt, die Süddeutschen seien mit Ausnahme der Wabener noch 30 Jahre hinter der politischen Bildung des Nordens zurück. (Widerpruch.) Lassen Sie uns Fanatiker also diese 30 Jahre erst noch draußen bleiben und die Bildung nachholen! (Widerpruch.)

Abg. Bött: Will keinen Streit unter Süddeutschen anfangen, obgleich er nicht Alles billigen könne, was unter dem Namen „wir Süddeutsche“ gesagt werde. Wenn politischer Stoff angesammelt ist, kommt die Besprechung von selber. Ich habe zu meinem größten Erstaunen eine merkwürdige und wohlthuende Uebereinstimmung meiner Ansichten mit denen des Abg. Wagener bemerkt. (Heiterkeit.) Ich habe mir ihn immer als bestigen Feind der deutschen Einheit gedacht. Aber so ist es, wenn redliche und ehrliche Männer zusammenkommen und besprechen. (Heiterkeit.) Daß die deutsche Nation die Einigkeit noch nicht erreicht hat, ist nur eine Folge gegenseitiger Unkenntnis und Vorurtheile, und wenn diese Debatte nur einigermaßen beiträgt, diese zu beseitigen, so ist sie nicht verloren. Kommt auch aus diesem Zollparlament die Einheit nicht heraus, so muß sie doch kommen. Ich aber sehe gerade in dem Warten bis zur Konsolidierung der norddeutschen Verhältnisse eine große Gefahr für uns Süddeutsche, weil es uns dadurch unmöglich wird, auch für unsere Bequemlichkeit in den noch wendenden Verhältnissen ein Plätzchen zu schaffen. Und wenn wir auch wissen, daß unsere Kräfte nicht so groß sind, so wird es doch gut sein, wenn der Norden auch Einiges von dem milderen Staats- und Gesellschaftswesen des Südens annimmt. (Bravo!) — Es ist dann auch hier unter dem Titel „wir Schwaben“ gesprochen worden. (Heiterkeit.) Es ist bitteres Unrecht, den Schwaben Mangel an Vaterlandsliebe vorzuwerfen; denken Sie an ihre Stellung im Jahr 1849! Alle streben wir nach demselben großen Ziel, nur nicht Alle auf dieselbe Weise. Es ist ferner das Verhältniß Oesterreichs hineingezogen worden. M. H. Es gibt Leute genug dort, welche wissen, daß eine Operation nöthig war, um uns aus den Wehen des Bundestages in den frischen deutschen Staat zu bringen (Bravo!), und das deutsche Element Oesterreichs hat dadurch nicht verloren, sondern gewonnen! (Sehr wahr!) Je mehr wir unsern deutschen Staat fertig machen, desto fester sind sie überzeugt, daß sie in der Noth einmal eine heimische Stätte finden können. (Bravo!) Schließt man sich an ein Größeres an, so gewinnt man dadurch Schutz und Sicherheit; wenn dagegen der Starke vom Schwachen nur beunruhigt wird, so macht er ihm bei Gelegenheit leicht einmal ein Ende. Deswegen halte ich es für konservativ, in das deutsche Staatswesen einzutreten. Von mangelnder Kompetenz kann hier gar keine Rede sein. Wir haben dafür zu sorgen, daß das Einigungswerk wache, und darin hat das Ausland Nichts zu reden! Ich schließe mit dem Wort eines geistreichen Mitgliedes dieses Hauses: jezt ist es Frühling geworden in Deutschland; und wenn auch noch einzelne sich Schneeballen, so wird das nicht mehr lange dauern; der fortschreitende Frühling wird sorgen, daß dem Schneeballen bald das Material ausgeht. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Aus der Reihe der persönlichen Bemerkungen hebt wir hervor: Abg. Probst erklärt, er habe von seiner Furcht, die Süddeutschland habe, gesprochen, daß davon bei uns überhaupt keine Rede sein kann, das zeigt die Stimmung, die während der Luxemburger Affaire herrschte. Ganz Süddeutschland hätte sein Recht aufgewendet, um Luxemburg bei Deutschland zu erhalten. Bundeskommissar Delbrück dementirt Namens des abwesenden Bundeskanzlers in aller Form, daß dieser je davon gesprochen, die Süddeutschen seien um dreißig Jahre in der Kultur zurück. Der Antrag Bambergers wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Nur ein Theil der Süddeutschen stimmt dagegen. Der Rest des Vertrags wird ohne Diskussion genehmigt und darauf die Sitzung geschlossen.

Vor Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung erklärt Abg. v. Hennig, er habe sich aus dem stenographischen Bericht überzeugt, daß der Abg. v. Mohl sich im Recht befinde.

Berlin, 19. Mai. Sitzung des Zollparlamentes vom 19. Mai.

Das Zollparlament genehmigte heute die Wahl des Abg. Dr. Müller (Görlitz), den Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Kirchenstaat und trat alsdann in die allgemeine Diskussion der die Abänderung des Vereins-Zolltarifs betreffenden Vorlage ein.

Für dieselbe sprach Wigger (Berlin) und forderte zu entscheiden, nicht bloß verächtlichem Bruch mit dem Schutzoll-System, also auch zur Verwerfung des Zolles auf Mineralsteine auf, da das Zollparlament in seiner kaum zu ertragenden Stellung, indirekte Steuern bewilligen zu sollen, ohne die Bedürfnisfrage zuvor festzustellen, doppelten Grund habe, zurückhaltend zu sein. Aus dieser Lage es zu befreien, sei wesentlich Sache der Süddeutschen, deren negative Haltung auf die Dauer das deutsche Einheitswert faktisch stören müsse.

Nachdem alsdann der Abg. Mohl die Vorlage vom Standpunkt des Schutzolls aus verurtheilt hatte, ging Abg. Miqul als Sprecher für dieselbe auf ihre Lücken, auf die notwendigen Reformen, die sie unerlebigt lasse. In dem Tarif fehlt die gewünschte Aufhebung

der Zölle auf Reis und die Reform der Besteuerung des Zuckers. Ich begreife nicht, weshalb man diese Frage, die doch ziemlich einfach ist, nicht geregelt hat. Dagegen finden wir aber eine neue Steuer auf Petroleum. Wenn nun von uns verlangt wird, die Einnahmen des Staats zu vermindern, so sind wir, weil wir nur ein Bild Volksvertretung sind, gar nicht in der Lage, zu prüfen, ob ein Bedürfnis dazu vorhanden ist. Ich bin überzeugt, daß die deutsche Nation sich einen solchen Zustand nicht länger wird gefallen lassen; mit einem solchen Parlament kann man auf die Dauer nicht regieren, das werden auch die Regierungen bald selbst merken; man kann mit einem Parlament nur regieren, wenn es volle Rechte hat. Wir werden unsere Verpflichtung allerdings anerkennen müssen, daß die Volksvertretung für eine Verminderung der Ausgaben oder eine Vermehrung der Einnahmen zu sorgen hat, wenn ein Defizit nachgewiesen ist; wir dürfen dies aber nicht durch eine fortdauernde Steuer thun. Es liegt uns nichts vor, woraus wir schließen müßten, daß die Staaten Deutschlands mit einem dauernden Defizit arbeiten und wir somit ein dauerndes Bedürfnis mit einer dauernden Steuer besetzen müßten. Sollte sich ein dauerndes Bedürfnis herausstellen, so werden wir Rath schaffen müssen, und wir werden Rath schaffen. Wir werden aber nicht eher zu einer Erhöhung der Steuern schreiten dürfen, als bis uns ein solcher Beweis geführt ist. Petroleum ist das allerwichtigste Kulturmittel, ja ein notwendiges Lebensbedürfnis geworden. Hat das Volk sich einmal an bessere Beleuchtung gewöhnt, so wird diese Beleuchtung ein Lebensbedürfnis. Bewilligen wir die Petroleumsteuer, so führt diese Bewilligung sehr bald zu neuen Steuern. Ich votire gegen die Petroleumsteuer.

Abg. Feustel (Bayreuth): Die Frage, ob Freihandel oder Schutzoll, kann hier nicht zum Austrag gebracht werden. Ich betrachte die Frage wegen der Petroleumsteuer nicht vom politischen, sondern von unserem speziellen Standpunkt aus. Wir haben in unserm Staat unser Budget mit Rücksicht auf den Eingang dieser Steuer aufgestellt. Fällt dieser Eingang fort, so müssen wir den Ausfall durch Selbstwilligungen decken, also durch eine direkte Steuer. Bei uns würde man sich eine Befreiung des Petroleums weit lieber gefallen lassen, als eine direkte Steuer. Ich werde also für die Steuer stimmen und so sagen zu Allem, was das Leben erleichtert, und Mein zu denjenigen Gegenständen, von denen ich annehme, daß sie eine wesentliche Erleichterung nicht sind.

Präsident Delbrück: Ich muß Ihre Aufmerksamkeit für wenige Augenblicke für die finanzielle Seite der Vorlage in Anspruch nehmen. Dem durch den Vertrag mit Oesterreich zu erwartenden Ausfall sieht der Ertrag der Tabaksteuer gegenüber, aus welcher jedoch erst am 1. Jan. 1870 Geld in die Staatskasse kommt. Ein Äquivalent für das Jahr 1869 ist nicht vorhanden. Wir haben also auf der einen Seite einen Einnahmeausfall vom 1. Juli d. J. von 800,000 bis 1 Mill. Thlr., dem gegenüber in den ersten 15 Monaten keine Einnahme steht. Für den durch diese Vorlage herbeigeführten Ausfall ist nun eine Kompensation in Anspruch genommen worden, die Besteuerung des Petroleums, und gegen diese haben sich die Anglieder der Redner gerichtet. Ich will die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Artikels nicht unterschätzen. Die verbündeten Regierungen haben aber die Ueberzeugung gehabt, daß der Vorschlag der Steuer die Entwicklung des Verbrauchs nicht beeinträchtigt. Der rapide Verbrauch des Artikels hat sich entwickelt unter den erheblichsten Preissteigerungen, gegen welche die jetzt vorgeschlagene Steuer gar nicht ins Gewicht fällt. Ich bezweifle, daß die verbündeten Regierungen sich so leicht auf einen Wechsel einlassen werden, der auf die direkten Steuern gezogen und einzulösen ist von den einzelnen Landesvertretungen. — Abg. v. Hennig richtet gegen die Petroleumsteuer. — Regierungskommissar Michailis hält seine Finanzrechnung aufrecht. Eine Reform des Zollvereins-Tarifs dürfe nicht eine nur einseitige Richtung haben. Braun (Wiesbaden) spricht gegen die Petroleumsteuer. Schluß der Generaldebatte.

Der Präsident theilt mit, daß ihm im Lauf der Sitzung ein Gesetzentwurf zugegangen, durch welcher die durch den österreichischen Handelsvertrag festgesetzten Zollermäßigungen auch auf die übrigen Nachbarstaaten ausgedehnt werden, mit Ausnahme des Zolles auf Wein, Most und Sider. Der Gesetzentwurf wird zur Schlussberatung im Plenum gestellt. Die nächste Sitzung findet Mittwoch 10 Uhr mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1) Spezialdebatte über die Zollvereins-Tarifs-Änderungen. 2) Schlussabstimmung über das Tabaksteuer-Gesetz.

Berlin, 19. Mai. Wie verlautet, hat der König vor kurzem die Besetzung mehrerer Stellen für das in Kiel errichtete evangelisch-lutherische Konsistorium vollzogen. Der Kirchenprobst Versmann in Phebo, der Klosterprediger Hendtorff in Prentz, der Hauptpastor Jensen und der Dr. jur. Galybaeus in Kiel sind zu Konsistorialrathen und zu Mitgliedern dieses Konsistoriums ernannt worden. — Ein hiesiges Blatt meldet: Der Kriegsminister v. Roon werde morgen den 20. d. M. von seiner mehrmonatlichen Urlaubsreise in Berlin wieder eintreffen. Diese Mitteilung dürfte sich nicht bewahrheiten. Nach Versicherungen aus hiesigen politischen Kreisen kehrt Hr. v. Roon erst in den letzten Tagen vor dem Ende seines am 25. ablaufenden Urlaubs hieher zurück, und zwar wahrscheinlich am 23. d. M. Derselbe ist erst am 17. von Verona in Innsbruck angekommen und reist langsam. Die Besserung in seinem Befinden zeigt sich von Bestand. Gleich nach seiner Rückkehr wird General v. Roon die Verwaltung des Kriegsministeriums wieder übernehmen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. Mai. (Schw. M.) In unserem Abgeordneten Hause herrscht eine Bewegung, wie wir etwas Aehnliches nur zur Zeit des Sturzes Schmerling im Jahr 1865 wahrnahmen. Die Finanzvorlagen rufen einen erbitterten Kampf hervor; mit Ausnahme der Polen befinden sich, so zu sagen, alle Fraktionen in Auflösung; es bilden sich Interessens-Koalitionen und ganz neue Parteigliederungen, welche die Regierung um jeden Preis unterstützen wollen, da sie im Sturze des Ministeriums ein nie wieder gut zu machendes Unglück sehen. Spricht man mit einem böhmischen Abgeordneten, so glaubt man, daß das Ministerium schon vor seiner Entlassung steht, und man hört, daß 20 Proz. das höchste sei, was je ein Papierbesitzer leisten könne. Spricht man mit Senne oder seinen Gefinnungsgenossen oder mit den Polen, so stößt man auf keine Besorgnisse von einer Ministerkrise. Die Regierung hatte bekanntlich eine 17prozentige Couponssteuer vorgeschlagen. Dagegen ist die neue Strömung eine

allgemeine, und obgleich Fürst Auersberg erst in einer der letzten Sitzungen des Finanzausschusses erklärte, daß an ein weiteres Hinanschrauben der Steuer nicht zu denken sei, weil der Regierung der Muth fehle, mit derartigen Projekten zu gehen, so scheint sich dieser ministerielle Muth seit vorgestern doch sehr bedeutend gehoben zu haben, da die ministeriellen Abgeordneten Angesichts des Antrags der von Senne haranguirten Partei auf 25 Proz. Couponssteuer einen Vermittlungsantrag auf 20 Proz. stellten, dem auch Dr. Giska privatim beigestimmt haben soll. Die Beforgnis, daß die Regierung zurücktreten könnte, ist jedenfalls verfrüht. Eben so wenig, als das Ministerium so ohne Weiteres zurücktritt, eben so wenig werden es die Abgeordneten zu einem großen Konflikt kommen lassen. Uebrigens strengt sich das Ministerium an, die schwankenden Abgeordneten auf seine Seite zu ziehen, und das Ende vom Liede wird sein, daß sich das Haus für die 20prozentige Couponssteuer aussprechen wird.

Wien, 19. Mai. Abgeordnetenhause. In der heutigen Budgetdebatte wurden bewilligt: Für den Hofstaat 3,420,000 fl.; den Reichsrath den Staatsrath und das Ministerium des Innern 16,137,992 fl.; für das Ministerium der Landesvertheiligung 3,275,817 fl.; für das Unterrichts- und Kultusministerium 4,961,269 fl.; für das Finanzministerium 86,863,468 fl., und für das Handelsministerium 12,655,000 fl.

Wien, 19. Mai. Der große Schritt gegen Rom ist endgiltig gethan. Der Kaiser hat heute die drei Gesetze, welche das bisherige Konfessionsgebiet wesentlich enger begrenzen, mit seiner Sanction versehen, und der Unterstaatssekretär Hr. v. Meynen bug wird, um auf der jetzt unabweislich gegebenen Grundlage noch einen Versuch zur Verständigung zu machen, spätestens am Samstag seine Mission nach Rom antreten.

Gestern ist der Herzog von Nassau aus Frankfurt hier eingetroffen.

Wien, 19. Mai. Die „Oester. Corresp.“ sagt: Der neuernannte außerösterreichische Gesandte Oesterreichs am belgischen Hof, Graf Vitzthum, leistete heute den Eid in die Hände des Kaisers. — Die Publikation der mit der Kaiserl. Sanction versehenen Konfessionsgesetze wird morgen oder übermorgen erwartet. — Hr. v. Meynen bug schickt sich an, seine Sendung Ende der Woche anzutreten.

Wien, 19. Mai. Die „Wien Abendpost“ bezeichnet die Nachricht der „Stafle“ als Entfaltung, daß Hr. v. Beust an Rußland eine interpellirende Note über dessen Absichten gegen Oesterreich gerichtet habe. Dergleichen ist von der Christenpreussischer Vorschläge an das Wiener Kabinett über die eventuelle Befestigung des rumänischen Thrones durch einen österreichischen Prinzen in hiesigen maßgebenden Kreisen nichts bekannt.

Wien, 19. Mai. Der „Wanderer“ meldet: Der Erzbischof Haynald sei nach Rom abgereist, mit dem Auftrag, die Erklärung abzugeben, daß Angesichts der veränderten staatlichen Verhältnisse der Kaiser nicht umhin könne, die Religionsgesetze zu sanktioniren.

Italien.

Florenz, 13. Mai. (Köln. Ztg.) Von den 200 Millionen Defizit des Jahres 1865 ist nahezu die Hälfte beseitigt durch die 60 Millionen, welche die Wahlsteuer, und die 15 Millionen, welche Stempel- und Einschreibgebühren mehr eingetragen, und durch ein Erparniß von 20 Millionen, das im Kriegsbudget gemacht werden soll. Man hofft, ein weiteres Erparniß von 50 Millionen zu erzielen und sich in dieser Weise einer Ausgleichung zwischen Ausgabe und Einnahme zu nähern. Was in auswärtigen Blättern von den Steuer-rückständen und den Schwierigkeiten verlautet, welche die geregelte Eintreibung der Abgaben in Italien findet, beruht zum großen Theil auf Uebertreibung. Nur die Bezahlung der Einkommensteuer läßt noch zu wünschen übrig, indem die selbstgemachten Erklärungen nicht immer der Wahrheit entsprechen.

Frankreich.

Paris, 19. Mai. Die „France“ ist sehr ungehalten über die Erklärung des Grafen Bismarck im Zollparlament. „Wir wissen nicht — sagt sie — bis wohin Hr. v. Bismarck die Kompetenz des Zollparlamentes ausdehnen möchte; aber gewiß ist, daß Niemand daran gedacht hat, seine Befugnisse innerhalb der von den Verträgen gezogenen Grenzen zu vermindern, und daß der Appell an den deutschen Patriotismus nur ein Mittel sein kann, um eine Aufregung zu unterhalten, welche die Ereignisse nicht rechtfertigt.“

Nach dem „Aven. nat.“ wäre allerdings davon die Rede gewesen, daß der Kaiser und die Kaiserin dem preussischen Hofe dieses Jahr den im vorigen Sommer zugesagten Erwiderngsbesuch machen würden. In Rücksicht auf die politische Stimmung des preussischen Volks habe man jedoch das Projekt einer Reise nach Berlin aufgegeben.

Im Departement Tarn waren für die Deputirtenwahl 38,229 stimmberedigte Wähler eingeschrieben. Von denselben theilnahmen sich beim zweiten Scrutinium 32,672 und stimmten 19,845 für den Oppositionskandidaten Gorfse, während der Regierungs-kandidat Gaugiran nur 12,598 Stimmen erhielt. Beim ersten Scrutinium war der Letztere gewählt worden, was den „Constitutionnel“ zu einem voreiligen Siegeshymnus veranlaßt hatte. Doch soll Hr. Gorfse wenigstens Bonapartistisch gesinnt sein und insofern die Zahl der Oppositionsmitglieder nicht vermehren.

Die „France“ widerlegt in entschiedener Weise die Nachricht, daß einige französische Soldaten in Rom die Medaillen abgelehnt und deshalb schwere Disziplinarstrafen erlitten hätten. — Rente 69.57/8, Cred. mob. 237.50, ital. Anl. 49.95.

Paris, 19. Mai. Am 31. Mai wird der Kaiser nach Rouen gehen, um dem Schluß der Preisbewerbung beizuwohnen.

Baden

Karlsruhe, 20. Mai. Der unter dem Protektorat Ihrer Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin von Preußen stehende Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts zu Berlin...

Das Zentralkomitee des badischen Frauenvereins dahier hat auf ergangene Einladung sich die Aufgabe gestellt, der Befähigung gedachter Auszubildender durch Erzeugnisse der Kunstfertigkeit...

Aus dem Bauland, 16. Mai. (Mannh. Z.) Der Brand von Altheim in einem Marktort von ungefähr 1100 Einwohnern...

Heidelberg, 19. Mai. Ueber die Wirksamkeit der Augenlinse des Hrn. Professors Dr. Knapp dahier gibt der Jahresbericht für 1867 ausführliche Mittheilung. Wie entnehmen demselben folgende Notizen: Im Jahr 1867 wurden 3314 Augenkrankheiten...

Mannheim, 19. Mai. (M. B. Z.) In der heutigen Sitzung der Strafkammer wurde u. a. die Anklage gegen den Redakteur des 'Mannheimer Journals', Dr. J. Sausen in Mainz, wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Aufnahme des Artikels 'Zur Stimmung in Süddeutschland' in Nr. 82 des 'Mainz. Journ.'...

Konstanz, 19. Mai. Die 'Konst. Ztg.' schreibt: Die Konferenz badischer und schweizerischer Bevollmächtigter zur Anknüpfung von Unterhandlungen über die Anschlussverhältnisse der Bahn Konstanz-Romanshorn ist wieder auseinander gegangen...

Karlsruhe, 19. Mai. Gestern besuchte der Hr. Präsident des Großfinanzministeriums in Begleitung des Hrn. Ministerialraths Eisenlohr das hiesige Hauptzollamt. Es wurde Einsicht genommen von den Einrichtungen und Anstalten dieses Amtes...

Vermischte Nachrichten.

Dr. Bes vom Berliner Hoftheater, der am Dienstag den 'Zoll' in Mannheim sang, hat den brillantesten Erfolg errungen. Die Mannheimer Blätter schildern Gesang und Darstellung als eine Künstlerleistung ersten Ranges.

Ladenburg, 18. Mai. (Heidelb. Ztg.) Eine dahier abgehaltene Versammlung hat ein Gesuch an die Direktion der Main-Neckar-Bahn beschloffen, welches befürwortet, die Schnellzüge Nr. 9 und 16 des Jahresplanes in Ladenburg anhalten und ferner zu späterer Abendzeit als bisher einen Zug von Mannheim und Heidelberg abfertigen zu lassen.

Korb, 15. Mai. (R. Ztg.) Der amtlichen Aufforderung zufolge wurde gegen die massenhaft erschienenen Maikäfer fast in allen Gemeinden des Hanauerlandes ein Vertilgungskrieg geführt. Am meisten Opfer fielen wohl in der Gemeinde Freistadt, wo binnen 8 Tagen 373 Eiser getödteter Maikäfer abgeliefert wurden...

Stuttgart, 19. Mai. Laut der heutigen Nummer des 'Staatsanz.' wurde Hr. Dr. Petermann in Gotha zur Nordpol-Expedition ein Staatsbeitrag von 500 Gulden bewilligt.

München, 18. Mai. In dieser Lage wieder zwei neue eiserne Standbilder errichtet worden: das des Grafen von Rumford, des Vorkämpfers der Hauptstadt unter Karl Theodor und Maximilian I., und das Frauhofer's, des berühmten Verfertigers astronomischer Instrumente.

Würzburg, 18. Mai. (M. B. Ztg.) Auf dem Kirchhof zu Uettingen hat gestern Mittag die feierliche Enthüllung des Denkmals für die preussischen Gefallenen stattgefunden. Eine Deputation des preussischen 36. Infanterieregiments und von der hiesigen Garnison hatte sich zur Feier eingefunden.

Der Oberregisseur des Frankfurter Theaters, Hr. Bollmer, hat einen Ruf als Direktor des Herzogl. Hoftheaters zu Braunschweig erhalten, denselben jedoch - wenigstens bis auf Weiteres - abgelehnt.

Berlin, 18. Mai. [Journalistenges.] (Zettl. Ztg.) Die heutige zweite Versammlung war animirt und erfolgreich als die gestrige. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf das Interimswesen, über welches Dr. Klette ('Boschische Zeitung') referirte. Er hob die Mißbräuche hervor, welche sich auf diesem Gebiet eingeschlichen haben, die Nachtheile des Reflamenwesens, die unbilligen Annoncen, die Verhufe (Hall Leibniz), durch Drohungen mit Injektionsentziehung auf die Zeitungsredaktionen auszuüben u. s. w.

Mannheim, 19. Mai. (M. B. Z.) In der heutigen Sitzung der Strafkammer wurde u. a. die Anklage gegen den Redakteur des 'Mannheimer Journals', Dr. J. Sausen in Mainz, wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Aufnahme des Artikels 'Zur Stimmung in Süddeutschland' in Nr. 82 des 'Mainz. Journ.'...

Konstanz, 19. Mai. Die 'Konst. Ztg.' schreibt: Die Konferenz badischer und schweizerischer Bevollmächtigter zur Anknüpfung von Unterhandlungen über die Anschlussverhältnisse der Bahn Konstanz-Romanshorn ist wieder auseinander gegangen...

Stettin, 16. Mai. Die Zahl der in Folge des großen Graubes Vermirrten beläuft sich (nach der R. Ztg. Zg.) auf 17. Die Zahl der durch leichtere Verbrennung Beschädigten wird auf ca. 80 Personen geschätzt. Der erkrankte Dahms war Steuermann auf dem Dampfschiff 'Euler', mit ihm im Boot befand sich seine Frau und sein Kind...

Die Wiener 'N. Fr. Pr.' schreibt jüngern 16.: Seit zwei Tagen sieht man das Aerialgebäude auf der Seilerstätte von Personen aller Stände belagert, die nach kurzem Aufenthalt in dem ebenerdigen Lokal mit freudigen Mienen, eine Anzahl von größern oder kleinern Rischen unter dem Arm, zurückkehren.

Stettin, 16. Mai. Die Zahl der in Folge des großen Graubes Vermirrten beläuft sich (nach der R. Ztg. Zg.) auf 17. Die Zahl der durch leichtere Verbrennung Beschädigten wird auf ca. 80 Personen geschätzt. Der erkrankte Dahms war Steuermann auf dem Dampfschiff 'Euler', mit ihm im Boot befand sich seine Frau und sein Kind...

Rotterdam, 19. Mai. In der Kaffeekantion der Rotterdammer Handelsloggesellschaft wurde der ganze Vorrath von 77,700 Ballen Java und Padang mit 1 bis 2 Cents über die Tarationspreise verkauft.

Stockholm, 10. Mai. Durch eine am verwichenen Dienstag stattgehabte heftige Feuerbrunst ist die norwegische Stadt Frederikstad fast vollständig eingeäschert worden.

Charles Dickens hat von seiner Rundreise in den Vereinigten Staaten, abgesehen von dem Lorbeerzweig, eine künigende Einnahme von mindestens 40,000 Pfd. St. heimgebracht. In der Londoner Presse wagt nur die 'Saturday Review' über diese literarische Betriebsamkeit ein kleines Rollenrumpfen, sagt jedoch bei: Dickens habe sich auf solche Weise einigermaßen für den durch amerikanischen Nachdruck erlittenen Ausfall an Buchhändler-Honorar schadlos gehalten.

w. Mannheim, 18. Mai. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. Gegend, 200 Jollyfd. 15 fl. 45 G., 16 fl. - P., ungarischer 15 fl. 45 bis 16 fl. 45 G., 16 bis 17 fl. P., auf Lieferung pr. Mai - fl. - G., - fl. - P., Roggen, eff. 12 fl. 30 G., 13 fl. - P., auf Lieferung pr. Mai - fl. - G., - fl. - P., Gerste, eff. hies. Gegend 10 fl. 30 G., - fl. - P., französische - fl. - G., - fl. - P., württembergische 11 fl. - G., - fl. - P., ungarische 10 fl. 30 G., - fl. - P., Hafer, eff. 100 Jollyfd. 5 fl. 10 G., 5 fl. 15 P., - Kernen, eff. 200 Jollyfd. - fl. - G., - fl. - P., Delfamen, deutscher Kolbtreps - fl. - G., - fl. - P., ungarischer - fl. - G., 17 fl. - P., Bohnen - fl. - G., 14 fl. - P., - Linsen - fl. - G., - fl. - P., - Erbsen - fl. - G., - fl. - P., - Wicken - fl. - G., 9 fl. 45 P., - Klebsamen, deutscher I. - fl. - G., 24 fl. 15 P., - Del. (mit Fass) 100 Jollyfd. Reindl, eff. Inland, in Parthien - fl. - G., 22 fl. - P., fahweise - fl. - G., 22 fl. 15 P., - Rüböl, eff. Inland, fahweise - fl. - G., 21 fl. 15 P., in Parthien - fl. - G., 21 fl. - P., - Mehl 100 Jollyfd.: Weizenmehl, Nr. 0 - fl. - G., 14 fl. 15 P., Nr. 1 - fl. - G., 13 fl. 30 P., Nr. 2 - fl. - G., 12 fl. 30 P., Nr. 3 - fl. - G., 10 fl. 6 P., Nr. 4 - fl. - G., 8 fl. - P., norddeutsches im Verhältniß billiger. - Roggenmehl, Nr. 0 - fl. - G., - fl. - P., - Brauntwein, eff. (50% n. T.) transit (150 Litres) - fl. - G., - fl. - P., - Spirit, 90%, transit - fl. - G., - fl. - P., - Petroleum, in Parthien verzollt, nach Qualität 11 fl. 45 P.

Weizen, Roggen, Gerste und Hafer flau; Reindl, Rüböl und Petroleum unverändert.

Nächsten Donnerstag, des Feiertags wegen, findet keine Börse statt.

Frankfurt, 20. Mai, 2 Uhr 18 Min. Nachm. Deherr. Kreditaktien 100%, Staatsbahn-Aktien 260, National 52 1/2, Steuerfreie 49 1/2, 1860r Loose 69 1/2, Deherr. Valuta 101 1/2, 4prozent. bad. Loose 97 1/2, Amerikaner 76 1/2, Gold 139 1/2, 109 1/2.

Neu-York, 19. Mai. Gold 139 1/2, Wechsel 110 1/2, 6proz. 1882r U. St. Bonds 109 1/2, Baumwolle 31 1/2, Petroleum 28 1/2.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Table with 5 columns: Date, Barometer, Thermometer, Wind, Himmel, Witterung. Data for 18. Mai and 19. Mai.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Geru. Krenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 21. Mai. 2. Quartal. 68. Abonnementsvorstellung. Die Karlschüler, Schauspiel in 5 Akten, von Laube.

